

# Demokratische Linke für Verhandlungslösung im KoZ-Konflikt

Die Demokratische Linke an der Uni Frankfurt fordert eine Einigung, die am Kompromiß von 1992 orientiert ist, der zwischen damaligem AStA (aus Demokratischer Linke und Jusos (!)) und damaligen KoZ-Kollektiv ausgehandelt worden war. Eine Einigung auf der Basis der Privatisierung (Verpachtung des KoZ an das Kollektiv) lehnen wir ebenso ab wie eine „Lösung“ des Konfliktes mit privaten oder verbeamteten Schlägern. Die damalige Einigung, die trotz ähnlich verfahrenerer Situation und massiven Fehlern unsererseits möglich war, beinhaltet als Schlüsselsatz:

**„Das KoZ ist ein selbstverwalteter AStA-Betrieb mit relativer Autonomie und Selbstverwaltung der Leute, die dort arbeiten.“**

Damit erkannte der damalige AStA den Kollektivitäts-Grundsatz an, was insbesondere das alleinige Vorschlagsrecht des Mitarbeiter-Kollektivs für neue Beschäftigte und den Verzicht auf einen vom AStA angestellten Geschäftsführer beinhaltet. Der AStA hat jedoch das alleinige Recht, Arbeitsverträge zu vergeben und Kündigungen auszusprechen. Arbeitsverträge werden für StudentInnen unbefristet vergeben, was soziale Gründe hat und eine semesterweise Wiederholung des Streites vermeiden soll.

Im Gegenzug wurde der Charakter des KoZ als offener Ort kritischer Öffentlichkeit auf dem Campus vom Kollektiv anerkannt, was ein ausschließliches Verfügungsrecht der Cafebetriebs-Mitarbeiter über die Raumvergabe ausschließt. Beide (AStA und KoZ) haben ein Veto-Recht bei Veranstaltungen mit sexistischem, rassistischem oder militaristischem Charakter.

Für die finanzielle Seite des Cafebetriebes wurden klare Verantwortlichkeiten im Kollektiv, transparentere Finanzführung und eine Fortsetzung der Rechnungslegung über die AStA-Geschäftsstelle vereinbart.

Im letzten Bereich ergaben sich in der Folge die meisten Probleme, wofür sich das KoZ-Kollektiv kritisieren lassen muß. Die folgenden ASten (einschließlich des amtierenden) müssen sich jedoch vorhalten lassen, die im Kompromiß vereinbarten Regelungen für „Verstöße“ nicht genutzt zu haben (Information der Studentenhäuser-Öffentlichkeit als „Korrektiv“, öffentliche Verhandlungssitzungen). Natürlich sind die Verluste der vergangenen Monate für einen AStA nicht hinnehmbar. Dies muß auch das KoZ-Kollektiv anerkennen. Klar muß aber auch sein, daß Rentabilität und Kommerz nicht keine universellen Maßstäbe von AStA-Politik sein dürfen, wie dies unlängst bei der Schließung der AStA-Druckerei der Fall war.

Der AStA muß sich jetzt von Einsatz der Polizei als politisches Mittel distanzieren und die bisher vergebenen Verträge auf Eis legen. Eine Wiedereröffnung des KoZ darf nicht an einen fixen Termin gebunden sein, damit ausreichend Zeit bleibt, in Gesprächen De-Eskalation zu betreiben, die realistischen Kräfte in den eigenen Reihen zu stärken und die essentiellen Interessen des Gegenüber anzuerkennen. Alles andere als eine von beiden Seiten getragene Vereinbarung verlängert nur den Konflikt, schadet der Studentenschaft und trägt zur Entpolitisierung des Campus bei.

**Die ultimative Voraussetzungen für eine Verhandlungslösung ist jedoch der Rücktritt der politisch Verantwortlichen!**

**Der Einsatz von Polizei auf dem Campus zur Durchsetzung der eigenen Politik war bisher tabu. Der Bruch dieses Tabus kann der erste Schritt dazu sein, beliebige Aktivitäten von Studentinnen 'legal' zu unterbinden. Der Schaden für die Institution Verfaßte Studentinnenschaft durch die Überschreitung dieser Grenze kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.**

Eine noch verschärfte Qualität bekommt das Vorgehen des AStA dadurch, daß die Polizei gerade in das Studihaus mobilisiert worden ist. Das Studihaus, ursprünglich als selbstverwaltetes Kommunikations-Zentrum auf dem Campus errichtet, war in der Vergangenheit immer wieder den Interventionen von Seiten der Universitätspräsidenten ausgesetzt. Nur mit Mühe hatten die ASten vergangenen Jahren zusammen mit den unabhängigen Nutzerinnengruppen des Hauses diesen autonomen Status immer wieder neu erkämpfen können. Auch der konservative Universitätspräsident Ring war regelmäßig davor zurückgeschreckt, die Polizei in das Studihaus zu schicken, zuletzt etwa, als der AStA (!) die Räume des Hochschulrechenzentrums im Studihaus besetzte (!), um seinen Anspruch auf studentische Selbstverwaltung der Räume zu unterstreichen. Anstatt auf Sicherung und Erweiterung der bisher erkämpften Kompetenzen hinarbeiten, lädt der Riedel/Eggert-AStA den neuen Präsidenten geradezu ein, von seinem „Hausrecht“ Gebrauch zu machen. Welche Absurdität: selbst der rechte RCDS/Giraffen-AStA und der Präsident Ring haben nie gewagt, was der rot-grüne AStA und der Sozialdemokrat Meißner jetzt gegen Studentinnen vorführen.

**Der Polizeieinsatz nimmt dem Konflikt um das KoZ seine nur regionale Bedeutung. Ein AStA, der zu diesem Mittel greift, darf nicht länger die legitime Vertretung einer verfaßten Studentinnenschaft in Anspruch nehmen können. Wenn der Schaden überhaupt zu begrenzen ist, dann nur durch den Rücktritt der politisch verantwortlichen AStA-Vorsitzenden Thomas Eggert (Jusos) und Marlene Riedel (Bündnis 90/Die Grünen).**

**Wir fordern die AStA-tragenden hochschulpolitischen Gruppierungen Jusos, Bündnis 90/Die Grünen, LHG und Internationale Liste in Frankfurt auf, sich von ihren Vorsitzenden zu distanzieren und diese schleunigst auszuwechseln. Andernfalls tragen sie die politische Verantwortung in gleichem Maße.**

**Wir fordern die ASten aller anderen Hochschulen sowie alle Fachschaften, politischen Gruppen, Projektzusammenhänge usw. in Frankfurt auf, sich vom AStA der Uni Frankfurt zu distanzieren und bis auf weiteres die politische Zusammenarbeit mit ihm (etwa in Sachen Hochschulpolitik oder Semesterticket) einzustellen.**

**AStA-Fax: 069/ 702039**

**DL-Fax: 069/ 798-23064 (zur Veröffentlichung auf dem Uni-Campus)**